

Bürgermeister
Fachbereich 3 - Öffentliche Sicherheit
Übach-Palenberg



Kreis
HEINSBERG

..... Der Landrat

Ordnungsamt
Geschäftszeichen: 32 00 00

Herr Reiners
Zimmer-Nr.: E14
Tel.: (0 24 52) 13 - 32 11
Fax: (0 24 52) 13 - 32 95
E-Mail: hans-josef.reiners@kreis-heinsberg.de

10. Februar 2016

Betrieb der Atomkraftwerke Tihange und Doel in Belgien Ihr Schreiben vom 13.01.2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Jungnitsch,
sehr geehrte Damen und Herren,

im vg. Schreiben bitten Sie um Stellungnahme zu den Punkten 2 und 3 des Beschlusses des Rates der Stadt Übach-Palenberg vom 10.12.2015. Gerne komme ich Ihrem Wunsch nach und antworte wie folgt:

1. zu Punkt 2): *Der Rat der Stadt Übach-Palenberg fordert die Verwaltung auf, sich beim Kreis Heinsberg für die Ausarbeitung eines euregionalen Katastrophenschutzplans einzusetzen. Ziel muss sein, die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger der Euregio Maas-Rhein gleichermaßen zu gewährleisten und diese effektiv auf einen eventuellen Unfall vorzubereiten.*

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass es sich beim Krisenmanagement in der Umgebung von kerntechnischen Anlagen und die diesbezügliche Umsetzung des Notfallschutzes um eine überregionale Aufgabenstellung handelt. In diesem Zusammenhang hat sich die nordrhein-westfälische Landesregierung bereits wiederholt gegenüber Belgien für die Abschaltung des Kernkraftwerks Tihange eingesetzt. Sie vertritt die Auffassung, dass Kernenergie selbst in hochentwickelten Industriestaaten stets mit Risiken verbunden ist. Katastrophen wie in Fukushima oder Mängel wie etwa im Kernkraftwerk Tihange untermauern die ablehnende Position der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Deshalb ist Nordrhein-Westfalen schon vor vielen Jahren aus der Nutzung der Atomkraft ausgestiegen. Darüber hinaus verweise ich auf die als Anlage beigelegte und vom Kreistag in seiner Sitzung vom 17.12.2015 mehrheitlich beschlossene „Resolution Tihange“. Des Weiteren besteht mit den Kreistagsfraktionen Einvernehmen, dass der Kreis die von der Städteregion Aachen angekündigten Klageverfahren auf jeden Fall ideell, gegebenenfalls auch materiell unterstützen wird.

In Nordrhein-Westfalen wird kein Kernkraftwerk mehr betrieben, allerdings in den angrenzenden Nachbarländern. Diesem Umstand trägt die Landesregierung durch Schutzmaßnahmen für seine Bevölkerung Rechnung. Diese Schutzmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen und somit auch im Regierungsbezirk Köln, richten sich dabei nach den

Dienstgebäude:
Valkenburger Straße 45
52525 Heinsberg
Tel.: (0 24 52) 13 - 0
Fax: (0 24 52) 13 - 11 00
Internet: www.kreis-heinsberg.de
E-Mail: info@kreis-heinsberg.de

Kontoverbindungen:
Kreissparkasse Heinsberg
BIC: WELADED1ERK
IBAN: DE76 3125 1220 0000 0002 73
Postbank Köln
BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE97 3701 0050 0025 4405 03

Sprechstunden:
mo. - fr. 08.30 - 12.00 Uhr
di. u. do. 14.00 - 17.00 Uhr

geltenden „Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kern-technischer Anlagen“ der Experten der Strahlenschutzkommission (SSK) beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB). In der gesamten deutsch-niederländischen und belgischen Grenzregion sorgen die an der Gefahrenabwehr beteiligten Organisationen und Gebietskörperschaften der Länder für die grenzüberschreitende Hilfeleistung bei Unglücksfällen und Katastrophen. Die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen den Rettungsdiensten, Gesundheitsämtern, Krankenhäusern und Feuerwehren aus den Niederlanden, Belgien und Deutschland ist für die Menschen in der Region von besonderem Wert. Dieses positive Fazit kann man in der regionalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den drei Ländern aus den Erfahrungen der EUREGIO MAAS RHEIN IN CRISIS-Gemeinschaft (EMRIC-Gemeinschaft Süd-Limburg/NL, Provinzen Lüttich/B und Hasselt/B, Städteregion Aachen, Stadt Aachen, Kreis Heinsberg, Kreis Düren und Kreis Euskirchen) ziehen. Nicht zuletzt dieser Gemeinschaft ist es zu verdanken, dass der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen am 30. April 2014 eine „Vereinbarung über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen“ mit dem Königreich der Niederlande (Minister für Sicherheit und Justiz) unterzeichnet hat (Anlage).

Die EMRIC- Gemeinschaft entwickelt in der täglichen Arbeit die notwendigen Schnittstellen und die notwendigen Planungen für die Zusammenarbeit. Wesentliche Grundlage sind neben neuen Entwicklungen in der Zusammenarbeit auch unsere vorhandenen Landeskonzpte in der Gefahrenabwehr. Die diesbezüglichen Planungen und Vorkehrungen werden vom Kreis Heinsberg als betroffene Katastrophenschutzbehörde umgesetzt.

2. *Zu Punkt 3): Der Rat der Stadt Übach-Palenberg bittet die Verwaltung um Vorlage eines Sachstandsberichtes im Rahmen der nächsten Sitzungen von Hauptausschuss und Rat über den Status quo des Katastrophenschutzes bei nuklearen Störfällen und zu geplanten Änderungen dessen bei der StädteRegion Aachen und des **Kreises Heinsberg**.*

In Bezug auf das Kernkraftwerk Tihange ist mitzuteilen, dass der Kreis Heinsberg im Planungsgebiet „Außenzone“ liegt. Die äußere Begrenzung dieses Planungsgebietes liegt für Kernkraftwerke im Leistungsbetrieb etwa 100 km von der kerntechnischen Anlage entfernt. Für diese Bereiche sind nach den Rahmenempfehlungen der Strahlenschutzkommission keine Evakuierungsplanungen vorzusehen. In diesem Planungsgebiet sind laut den in Rede stehenden Rahmenempfehlungen jedoch Maßnahmen zur Ermittlung und Überwachung der radiologischen Lage vorzubereiten, die es u.a. ermöglichen, die Notwendigkeit für weitere Maßnahmen festzustellen.

Vordringlich sind in diesem Zusammenhang im Kreis Heinsberg

- „Messprogramme“ zur Ermittlung der radiologischen Lage,
- die Aufforderung zum Aufenthalt in Gebäuden,
- die Verteilung von Kaliumjodtabletten an alle Personen, für die eine Jodblockade vorzusehen ist und
- die Warnung der Bevölkerung vor dem Verzehr frisch geernteter Lebensmittel

vorbereitet.

Maßnahmen in der Außenzone werden im Allgemeinen in Abhängigkeit von der prognostizierten oder durch Messungen bestimmten Ausbreitungsrichtung radioaktiver Stoff-

fe durchgeführt. Als Katastrophenschutzbehörde bin ich – wie bereits erwähnt – darauf vorbereitet, flächendeckend Kaliumjodtabletten an eine größere Personengruppe auszugeben. Bei rechtzeitiger Einnahme von Jodtabletten ist die Schilddrüse bereits mit nicht-radioaktivem Jod gesättigt, bevor radioaktives Jod durch Einatmen aufgenommen werden kann; dies nennt man Jodblockade. Damit kann der erhöhten Gefahr, an Schilddrüsenkrebs zu erkranken, entgegengewirkt werden.

Hinsichtlich dieser sogenannten „Jodblockade“ hat das Land NRW sein Kontingent an Kaliumjodidtabletten dezentral auf die bislang betroffenen Kreise und kreisfreie Städte verteilt, womit sich die Vorlauf- und Bereitstellungszeiten im Bedarfsfall erheblich verkürzen.

Im Verwaltungsgebäude des Kreises Heinsberg lagern zurzeit ca. 440.000 Kaliumjodtabletten mit Beipackzettel. Diese werden im Ereignisfall an die Städte und Gemeinden des Kreises zur Verteilung an die Bevölkerung ausgegeben.

In Bezug auf das AKW Doel liegt der Kreis Heinsberg in der sogenannten Fernzone (d.h. weiter als 100 km entfernt), die das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland umfasst. Hier sollen nach den Empfehlungen der Strahlenschutzkommission durch konkrete Planungen der zuständigen Behörden folgende Maßnahmen vorbereitet sein:

- die Durchführung von Maßnahmen entsprechend dem Strahlenschutzvorsorgegesetz (StrVG), insbesondere die Durchführung von Messprogrammen zur Ermittlung der radiologischen Lage.
- die Versorgung von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren sowie Schwangeren mit Jodtabletten zur Herstellung einer Jodblockade.

Diese Voraussetzungen werden im Kreis Heinsberg erfüllt.

Abschließend weise ich darauf hin, dass Planungen in Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Katastrophenhilfe stetig unter den Gesichtspunkten der aktuellen Gefahrenentwicklung stattfinden. Notwendige Informationen und Festlegungen zur Fortschreibung bzw. Entwicklung von Einsatzkonzepten in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind oft abhängig von Entscheidungen, die auf Bundes- oder Landesebene getroffen werden müssen. Der Kreis Heinsberg unterstützt intensiv die gemeinsame Zielsetzung, die notwendigen Planungen in Bezug auf das Warnen der Bevölkerung bei Störungen in kerntechnischen Anlagen in die jeweiligen Einsatzplanungen aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Pusch
Landrat

DER LANDRAT DES KREISES HEINSBERG

An die
Bundesregierung
Willy-Brandt-Straße 1

Heinsberg, den 21.12.2015

10557 Berlin

über:
Bezirksregierung Köln

über:
Innenministerium NRW

Resolution des Kreistages des Kreises Heinsberg gegen den Betrieb des Atomkraftwerks Tihange

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,
Sehr geehrte Damen und Herren,

der Kreistag des Kreises Heinsberg hat in seiner Sitzung am 17.12.2015 mehrheitlich die als Anlage beigefügte Resolution gegen den Betrieb des Atomkraftwerks Tihange in Belgien beschlossen.

Ich lege Ihnen diese Resolution mit der Bitte um Kenntnisnahme, Unterstützung und Weiterleitung an die belgische Regierung vor.

Mit freundlichen Grüßen



Pusch

Resolution des Kreistages des Kreises Heinsberg vom 17.12.2015 gegen den Betrieb des Atomkraftwerks Tihange

Das nur etwa 90 km vom Kreisgebiet entfernt liegende belgische Kraftwerk Tihange ist seit Jahren für seine Probleme und Störfälle bekannt. Dennoch hat die belgische Regierung die Laufzeiten des mittlerweile 40 Jahre alten Blockes Tihange-1 um nochmals 10 Jahre verlängert.

Erst vor kurzem wurden Tausende neuer Risse im maroden Reaktorblock Tihange-2 gefunden, und auch das Behältermaterial weist eine „unerwartete“ Brüchigkeit auf. Das bedeutet: Bei einem Unfall könnte die Ummantelung brechen und radioaktiv kontaminiertes Wasser mit unkalkulierbaren Folgen austreten. Daneben hat das Kernkraftwerk Tihange wegen fehlendem Hochwasserschutz im EU-Stresstest besonders schlecht abgeschnitten.

Tihange stellt für den Kreis Heinsberg und Umgebung eine ernste Gefahr dar. Bei größeren Unfällen könnten kilometerweit Mensch und Umwelt durch die radioaktive Kontamination belastet, die gesamte Region unbewohnbar werden. Einen konkreten Katastrophenschutzplan gibt es nicht.

Deshalb fordert der Kreis Heinsberg die nordrhein-westfälische Landesregierung und auch die Bundesregierung dringend auf, sich für eine „unverzögliche und dauerhafte Abschaltung des Kernkraftwerks Tihange“ einzusetzen und für einen möglichen nuklearen Ernstfall ein bilaterales Abkommen mit Belgien zu vereinbaren. Daneben bitten wir die Landes- bzw. Bundesregierung, euregionale Katastrophenschutzkonzepte zu erarbeiten bzw. zu überarbeiten, um entsprechende Informationen auf nationaler Seite vorhalten zu können. Gleichzeitig appelliert der Kreistag Heinsberg an die belgische Regierung, die Betriebsgenehmigung für das Kraftwerk in Tihange zurückzunehmen.



Overeenkomst

tussen de minister van Veiligheid en Justitie van Nederland

en

de minister van Binnenlandse Zaken van de deelstaat Noordrijn-Westfalen
inzake de uitvoering van de
Overeenkomst van 7 juni 1988
tussen het Koninkrijk der Nederlanden
en de Bondsrepubliek Duitsland
inzake wederzijdse bijstandsverlening bij het bestrijden van rampen,
zware ongevallen daaronder begrepen

Vereinbarung

zwischen dem Minister für Sicherheit und Justiz der Niederlande

und

dem Minister für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen
über die Ausführung des
Abkommens vom 7. Juni 1988
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen
einschließlich schweren Unglücksfällen

Preambule

De minister van Veiligheid en Justitie van Nederland

en

de minister van Binnenlandse Zaken van de deelstaat Noordrijn-Westfalen

zijn onafhankelijk van de desbetreffende EU-procedures met betrekking
tot de wederzijdse bijstandsverlening bij het bestrijden van rampen, zware
ongevallen daaronder begrepen, op basis van

- de Overeenkomst tussen het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland inzake wederzijdse bijstandsverlening bij het bestrijden van rampen, zware ongevallen inbegrepen, van 7 juni 1988 en
- de Gemeenschappelijke verklaring van Nederland en Noordrijn-Westfalen inzake grensoverschrijdende samenwerking 2000 van 16 november 2000;

overwegende dat:

- de grensoverschrijdende samenwerking op het gebied van de rampenbestrijding de effectiviteit en efficiëntie van preventieve maatregelen en hulpverlening op dit gebied kan verbeteren;
- preventie een sleutelement is bij de hulpverlening;
- de maatregelen moeten zijn gericht op de bescherming van de bevolking en niet mogen worden beperkt door landsgrenzen en verschillende organisatievormen;

Präambel

Der Minister für Sicherheit und Justiz der Niederlande

und

der Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen

sind unabhängig von den einschlägigen EU-Verfahren hinsichtlich der gegenseitigen Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen auf der Grundlage

- des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen vom 7. Juni 1988 sowie
- der Niederländisch - Nordrhein-Westfälischen Gemeinsamen Erklärung bezüglich grenzüberschreitender Zusammenarbeit 2000 vom 16. Januar 2001 und

in Erwägung dessen, dass

- die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Katastrophenschutz die Effektivität und Effizienz von präventiven und gefahrenabwehrenden Maßnahmen in diesem Bereich verbessern kann,
- Prävention ein Schlüsselement der Gefahrenabwehr darstellt,
- die Maßnahmen auf den Schutz der Bevölkerung abgestimmt sein müssen und nicht durch Landesgrenzen und unterschiedliche Organisationsweisen eingeschränkt werden dürfen,



- de wederzijdse informatiestroom in geval van een ramp en van zware ongevallen alsmede van een crisis ook ten behoeve van een gelijkvormige, onderling afgestemde communicatie dient te worden gewaarborgd;
- door een onderling afgestemd beheer van personeel en materieel kosten kunnen worden bespaard;
- de wederzijdse bijstandsverlening in geval van rampen, zware ongevallen en crises de bescherming van de burgers in het grensgebied bij de inzet van hulpdiensten wordt verbeterd;

overeengekomen als volgt:

Artikel 1 Doel

(1) Deze overeenkomst dient ter concretisering van de Overeenkomst tussen het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland inzake wederzijdse hulpverlening bij het bestrijden van rampen, zware ongevallen daaronder begrepen, van 7 juni 1988. Op basis van artikel 3, 11 en 13 van de Overeenkomst worden de toepassing en uitvoering in geval van bijstandsverlening voor en door aan elkaar grenzende steden, districten en stadsregio's in Noordrijn-Westfalen en veiligheidsregio's in het Koninkrijk der Nederlanden geregeld alsmede de onderlinge informatie-uitwisseling tussen de minister van Veiligheid en Justitie van het Koninkrijk der Nederlanden en de minister van Binnenlandse Zaken van de deelstaat Noordrijn-Westfalen in geval van een ramp, een zwaar ongeval of een crisis mede ten behoeve van een gelijkvormige communicatie.

(2) Op de grensoverschrijdende samenwerking bij de dagelijkse hulpverlening is deze overeenkomst niet van toepassing.

Artikel 2 Bevoegde organen

Voor de uit de overeenkomst van 7 juni 1988 voortvloeiende maatregelen op het gebied van preventie en hulpverlening voor en door aan elkaar grenzende veiligheidsregio's in Nederland en districten en stadsregio's in Noordrijn-Westfalen zijn de volgende organen bevoegd:

- (a) in Noordrijn-Westfalen: de districtscommissarissen van de aangrenzende districten, de stadsregiobestuurder voor zijn stadsregio;
- (b) in Nederland: de voorzitters van de aangrenzende veiligheidsregio's.

Artikel 3 Indienen van verzoeken om bijstand en doen uitvoeren daarvan

(1) De bevoegde organen van de verzoekende overeenkomstsluitende partij kunnen een verzoek om bijstand bij het telkens aangrenzende orgaan van de andere overeenkomstsluitende partij indienen, indien de plaats, de omvang en de aard van de ramp respectievelijk het zware ongeval gelet op het beschikbare personeel en materieel naar hun oordeel bijstand noodzakelijk maken.

(2) De omvang en de aard van de te verlenen bijstand worden van geval tot geval door het orgaan dat om bijstand wordt verzocht, en het verzoekende orgaan in onderling overleg vastgesteld.

(3) Het om bijstand aangezochte orgaan is belast met de uitvoering van de bijstand.

- der wechselseitige Informationsfluss im Falle einer Katastrophe und schweren Unglücksfällen sowie einer Krise auch im Interesse einer gleichförmigen abgestimmten Kommunikation zu gewährleisten ist,
- durch ein aufeinander abgestimmtes Ressourcenmanagement Kosten reduziert werden können,
- die wechselseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen sowie in Krisen den Schutz der Bürgerinnen und Bürger in der Grenzregion bei Einsätzen verbessern wird,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1 Zweck

(1) Diese Vereinbarung dient der Konkretisierung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen vom 7. Juni 1988. Auf der Grundlage der Artikel 3, 11 und 13 des Abkommens werden Anwendung und Durchführung im Falle von Hilfeleistungen für und durch aneinandergrenzender Städte, Kreise, Städtereionen in Nordrhein-Westfalen und Sicherheitsregionen im Königreich der Niederlande geregelt sowie der wechselseitige Informationsaustausch zwischen dem Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Minister für Sicherheit und Justiz des Königreichs der Niederlande im Falle einer Katastrophe, eines schweren Unglücksfalles oder einer Krise auch im Interesse einer gleichförmigen Kommunikation vereinbart.

(2) Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der alltäglichen Gefahrenabwehr bleibt von dieser Vereinbarung unberührt.

Artikel 2 Zuständige Organe

Für die sich aus dem Abkommen vom 7. Juni 1988 ergebenden präventiven und gefahrenabwehrenden Maßnahmen für und durch aneinandergrenzende Sicherheitsregionen auf der niederländischen Seite und Kreisen sowie Städtereionen auf nordrhein-westfälischer Seite sind die folgenden Organe zuständig:

- (a) auf nordrhein-westfälischer Seite: Die Landräte der grenzanliegenden Kreise, der Städtereionsrat für die Städtereion,
- (b) auf niederländischer Seite: Die Vorsitzenden der grenzanliegende Sicherheitsregionen

Artikel 3 Anforderung und Auslösung von Hilfsmaßnahmen

(1) Die zuständigen Organe der ersuchenden Vertragspartei können ein Hilfeersuchen an das jeweils angrenzende Organ der anderen Vertragspartei stellen, wenn nach ihrer Auffassung Ort, Umfang und Art der Katastrophe beziehungsweise des schweren Unglücksfalls in Anbetracht der verfügbaren Ressourcen Hilfe erforderlich machen.

(2) Umfang und Art der zu leistenden Hilfe werden jeweils von dem um Hilfeleistung ersuchten Organ im Einvernehmen mit dem ersuchenden Organ festgelegt.

(3) Die Durchführung der Hilfsmaßnahmen obliegt dem um Hilfe ersuchten Organ.



(4) Van elk verzoek om bijstand wordt door de bevoegde organen in de deelstaat Noordrijn-Westfalen terstond mededeling gedaan aan de minister van Binnenlandse Zaken van de deelstaat Noordrijn-Westfalen, de minister van Binnenlandse Zaken van de Bondsrepubliek Duitsland respectievelijk in Nederland aan de minister van Veiligheid en Justitie van het Koninkrijk der Nederlanden.

Artikel 4

Inzet van luchtvaartuigen

(1) Van het voornemen om in geval van een ramp of crisis luchtvaartuigen in te zetten, dient onder overlegging van zo nauwkeurig mogelijke gegevens over de aard en het inschrijvingskenmerk van het luchtvaartuig, de bemanning, de lading, de vertrektijd, de vermoedelijke route en de plaats van landing, onverwijld mededeling te worden gedaan aan:

- (a) voor de deelstaat Noordrijn-Westfalen de minister van Binnenlandse Zaken van de deelstaat Noordrijn-Westfalen;
- (b) voor Nederland: de directeur-generaal van de Rijksluchtvaartdienst.

(2) Verzoeken om bijstand van luchtvaartuigen van het Duitse leger worden in Noordrijn-Westfalen uitsluitend ingediend door de minister van Binnenlandse Zaken van de deelstaat Noordrijn-Westfalen.

(3) Op reddingsvluchten is deze overeenkomst niet van toepassing.

Artikel 5

Rampenpreventie

Om rampen beter te kunnen voorkomen en effectiever te kunnen bestrijden, wordt de volgens artikel 2 van deze overeenkomst bevoegde organen verzocht met de aangrenzende veiligheidsregio's respectievelijk districten of stadsregio's samenwerkingsovereenkomsten te sluiten teneinde over en weer:

- (a) uitvoerige informatie uit te wisselen over mogelijke gevarenbronnen binnen hun bevoegdheidsgebied die in geval van een ongeval of een ramp gevolgen kunnen hebben voor het gebied van de ander;
- (b) een gezamenlijke risicobeoordeling uit te voeren en deze voortdurend te actualiseren;
- (c) zo nodig gezamenlijke regionale grensoverschrijdende rampenbestrijdingsplannen uit te werken;
- (d) de deugdelijkheid daarvan te controleren door middel van bilaterale oefeningen.

Artikel 6

Informatie en communicatie

(1) Onafhankelijk van andere bestaande (meld)procedures stellen de minister van Veiligheid en Justitie van het Koninkrijk der Nederlanden en de minister van Binnenlandse Zaken van de deelstaat Noordrijn-Westfalen elkaar over en weer op de hoogte van gevaren, rampen, crises of grote gebeurtenissen die in potentie gevolgen kunnen hebben voor het gebied van de ander. Dit geldt ook voor aanwijzingen voor of voortekenen van dergelijke gebeurtenissen.

(2) Om te waarborgen dat alle burgers in het grensgebied inhoudelijk dezelfde informatie krijgen, maken de minister van Veiligheid en Justitie van het Koninkrijk der Nederlanden en de minister van Binnenlandse Zaken van de deelstaat Noordrijn-Westfalen bij gevaren, rampen, crises en grote gebeurtenissen onderlinge afspraken over de inhoud van de bekendmakingen en in het bijzonder van waarschuwingen.

(3) Voor het waarborgen van de informatie- en communicatiekanalen vindt er een uitwisseling over verdere ontwikkelingen van systemen en informatiemiddelen plaats.

(4) Die zuständigen Organe auf nordrhein-westfälischer Seite melden jedes Hilfeersuchen unverzüglich dem Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, dem Bundesminister für Inneres der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise auf niederländischer Seite dem Minister für Sicherheit und Justiz des Königreichs der Niederlande.

Artikel 4

Einsatz von Luftfahrzeugen

(1) Die Absicht, Luftfahrzeuge einzusetzen, ist mit möglichst genauen Angaben über Art und Kennzeichen des Luftfahrzeugs, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort unverzüglich mitzuteilen

- (a) für Nordrhein-Westfalen dem Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen,
- (b) für die Niederlande: dem „Directeur-Generaal van de Rijksluchtvaartdienst“.

(2) Anforderungen von Luftfahrzeugen der Bundeswehr erfolgen auf nordrhein-westfälische Seite ausschließlich durch den Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen.

(3) Rettungsflüge sind von dieser Vereinbarung nicht erfasst.

Artikel 5

Katastrophenprävention

Um Katastrophen besser vorbeugen und sie wirksamer bekämpfen zu können, werden die nach Artikel 2 dieser Vereinbarung zuständigen Organe angehalten, mit den angrenzenden Sicherheitsregionen beziehungsweise den Städten, Kreisen oder Städtereionen Kooperationsvereinbarungen über wechselseitige

- (a) umfängliche Informationen über mögliche Gefahrenquellen, von denen sich im Falle eines Unfalls oder einer Katastrophe Auswirkungen auf das Gebiet des jeweils Anderen ergeben können, innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches auszutauschen,
- (b) eine gemeinsame Risikoeinschätzung durchzuführen und fortzuschreiben
- (c) erforderlichenfalls gemeinsame regionale grenzüberschreitende Katastrophenabwehrplanungen vorzunehmen und
- (d) deren Tauglichkeit durch bilaterale Übungen zu überprüfen.

Artikel 6

Information und Kommunikation

(1) Unabhängig von anderweitig bestehenden (Melde-) Verfahren unterrichten sich der Minister für Sicherheit und Justiz des Königreichs der Niederlande und der Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen wechselseitig über Gefahren, Katastrophen, Krisen oder Großereignisse, die geeignet sind, Auswirkungen auf das Gebiet des Anderen hervorzurufen. Dies beinhaltet auch Hinweise oder Anzeichen auf entsprechende Ereignisse.

(2) Zur Sicherstellung inhaltlich gleicher Informationen an die Bürgerinnen und Bürger im Grenzgebiet stimmen sich der Minister für Sicherheit und Justiz des Königreichs der Niederlande und der Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen wechselseitig bei Gefahren, Katastrophen, Krisen oder Großereignissen über die Inhalte von Verlautbarungen insbesondere von Warnungen ab.

(3) Zur Sicherung der Informations- und Kommunikationswege erfolgt ein Austausch über Weiterentwicklungen von Systemen und Informationsmitteln.



(4) De coordinatie van de informatie en communicatie vindt plaats via het Nationaal Crisis Centrum (NCC) in Nederland en het crisiscoördinatiecentrum bij het ministerie van Binnenlandse Zaken in de deelstaat Noordrijn-Westfalen.

(4) Die Koordinierung der Information und Kommunikation erfolgt über das Staatliche Koordinierungszentrum der Niederlande (N.C.C.) und dem Lagezentrum beim Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen.

Artikel 7 Bekendmaking

(1) Deze overeenkomst dient als volgt te worden aangehaald: „Overeenkomst tussen Nederland en Noordrijn-Westfalen inzake grensoverschrijdende samenwerking bij het bestrijden van rampen“.

(2) De overeenkomst wordt in Nederland gepubliceerd in de Nederlandse Staatscourant en in Noordrijn-Westfalen in het Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen.

(3) Deze gemeenschappelijke overeenkomst wordt in twee gelijklopende versies in de Nederlandse en Duitse taal ondertekend.

Artikel 7 Verlautbarung

(1) Diese Vereinbarung soll wie folgt zitiert werden: „Niederländisch-Nordrhein-westfälische Vereinbarung bezüglich grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Katastrophenschutz“.

(2) Die Vereinbarung wird in den Niederlanden im Nederlandse Staatscourant und in Nordrhein-Westfalen im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen veröffentlicht.

(3) Diese gemeinsame Vereinbarung wurde in niederländischer und deutscher Sprache gleichlautend unterzeichnet.

Artikel 8 Slotbepalingen

(1) Deze overeenkomst treedt op de dag van ondertekening in werking.

(2) Deze overeenkomst wordt gesloten voor de duur van twee jaar en wordt telkens stilzwijgend met twee jaar verlengd, tenzij deze door één van beide overeenkomstsluitende partijen minimaal zes maanden vóór afloop van de desbetreffende geldigheidsduur schriftelijk wordt opgezegd.

(3) Deze overeenkomst wordt voor het eerst in 2016 geëvalueerd.

Artikel 8 Schlussbestimmungen

(1) Diese Vereinbarung tritt am Tage der Unterzeichnung in Kraft.

(2) Diese Vereinbarung wird für die Dauer von zwei Jahren geschlossen und verlängert sich jeweils stillschweigend um weitere zwei Jahre, sofern es nicht von einer der beiden Vertragsparteien mindestens sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

(3) Diese Vereinbarung wird erstmalig im Jahre 2016 evaluiert.

Enschede 30 april 2014
De minister van Veiligheid en Justitie, Nederland,

Enschede 30. April 2014
Der Minister für Inneres und Kommunales, Nordrhein-Westfalen,

I.W. Opstelten

R. Jäger